

Die Thesen des Neuenburger Parteitages

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfiicht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **7 (1912)**

Heft 12

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-350535>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wenn die Regierungsgewalten jede Möglichkeit der normalen Fortentwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten treiben sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongreß beauftragt darum das Internationale sozialistische Bureau, mit umso größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindung zwischen den proletarischen Parteien aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblicke der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein. Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massenmordes, der Hungerstrot und der Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat all seine Energie aufwenden.

So wendet sich der Kongreß an Euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß Ihr in dieser entscheidenden Stunde Eure Stimme vernehmen laßt! Verkündet Euren Willen in allen Formen und in allen Orten, erhebt Euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt Euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die Euch die Organisation und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsam und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!

Die Thesen des Neuenburger Parteitages. Leuerung.

Staatliche und kommunale Maßnahmen. Zur Vinderung der Lebensmittelteuerung ist in denjenigen Gemeinden, wo bis jetzt keine oder nur ungenügende Vorkehrungen getroffen worden sind, durch die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden dahin zu wirken,

1. Daß die sofort möglichen Maßnahmen an die Hand genommen werden, in erster Linie:

a) der Ankauf von Lebensmitteln, die für den täglichen Gebrauch unentbehrlich und deren Lagerung entweder für längere Zeit oder für die notwendige Zeit des Absatzes möglich erscheint, und Abgabe zum Selbstkostenpreis, an Arme unentgeltlich (Kartoffeln, Kohl, Rüben, Hülsenfrüchte, Teigwaren);

b) Abgabe von Brennmaterialien zu reduziertem Preis. Diese Maßnahmen können je nach der Zweckmäßigkeit und dem Stand der lokalen Entwicklung entweder von der Gemeinde selbst oder in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften getroffen werden, alle unter quantitativer Beschränkung zur Ver-

hinderung spekulativer Ausnützung;

c) möglichste Förderung der Schülerstipendien;
d) Errichtung oder Subventionierung von Suppenanstalten;

e) Feuerungszulagen.

2. Daß für die zukünftige Leuerungspolitik namentlich folgende Fragen — eventuell mitteleinstufige Einsetzung von Notstands- oder Studienkommissionen näher geprüft werden:

a) Erstellung von Gefrier- und Kühlanlagen, wo solche nicht schon in modernen Schlachthausbauten vorhanden sind, und gestützt darauf Organisation der Einfuhr und des Vertriebes von überseeischem Gefrierfleisch, eventuell kommunale Organisation des Fleischverkaufes überhaupt.

b) Organisation des Milchvertriebes.

c) Organisation von Meerfischmärkten, Einführung und Verteilung von Fischkochenleitungen, und in Verbindung mit gemeinnützigen Vereinen Organisation von Kochkursen.

d) Vermehrte Zufuhr von Lebensmitteln, insbesondere von Brotfrucht und deren Sicherung auf längere Zeit, eventuell durch ein die Konsumenteninteressen in erste Linie stellendes Getreide- und Mehlmopol.

e) Anhandnahme statistischer Erhebungen über Lohnverhältnisse, Haushaltungsbudget, Lebensmittel- und Marktpreise.

f) Anhandnahme bezw. Weiterführung einer kräftigen kommunalen Wohnungspolitik, insbesondere Erwerbung von Baugrund zur Bekämpfung der Bauspekulation, Erwerbung landwirtschaftlicher Güter in der Umgebung städtischer Gemeinden, Erwerbung oder Bau von Wohngebäuden zur Vermietung zu billigen Preisen, Verleihung des Baurechts an Gemeindegemeinschaften an Baugenossenschaften, die jede Spekulationsmöglichkeit ausschließen, finanzielle Unterstützung solcher Genossenschaften nötigenfalls durch die kommunale Organisation des städtischen Hypothekarkredites.

3. Durch die vorgenannten Maßnahmen des Staates, der Kantone, der Gemeinden oder Genossenschaften soll die häufig demoralisierend wirkende Wohltätigkeit auf das unumgänglich notwendige Maß eingeschränkt werden.

4. Lebensmittelzölle. Direkte Eingabe an den Bundesrat mit der Forderung, in Anwendung von Art. 4 des Zollgesetzes vom 10. Oktober 1903, die Vieh- und Fleischzölle zu reduzieren, unter gleichzeitiger Ermächtigung an das Parteikomitee im Falle der Ablehnung dieser Forderung mit wirtschaftlichen Konsumentenorganisationen behufs Einleitung einer Volksinitiative auf Reduktion der Lebensmittelzölle in Verbindung zu treten.

Frauenstimmrecht.

1. Nach der materialistischen Geschichtsauffassung ist die Stellung des Weibes bedingt durch die in jeder Epoche herrschenden Produktionsverhältnisse. Auf der Stufe des Ackerbaues der kommunistischen Geschlechtsverbände war die Frau mit dem Manne gleichberechtigt.

2. Veränderte Produktionsverhältnisse setzten an Stelle des Kommunismus das Privateigentum, die patriarchalische Großfamilie mit der Herrschaft des Mannes und der Knechtung der Frau.

3. Die moderne Wirtschaft zieht schon in ihren Anfängen die Frau in die Erwerbstätigkeit und erschüttert die Produktionseinheit des Familienhaushaltes. Bereits in diesem Vorstadium des Kapitalismus treten weibliche und männliche Vorkämpfer des revolutionären Bürgertums für die wirtschaftliche und politische Gleichstellung der Frau ein.

4. Die Einführung der Maschine in den kapitalistischen Betrieb treibt Massen weiblicher Personen in die Fabriken, Magazine, Bureaux und zerstört in großen Schichten des Volkes die Reste der patriarchalischen Familie. Der Mann ist nicht mehr alleiniger Ernährer. Dadurch kommen die Frauen zum Bewußtsein ihrer wirtschaftlichen Gleichberechtigung und verlangen folgerichtig auch die Gleichberechtigung zur Anteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten.

5. Diese Anteilnahme erheischt das gleiche Stimm- und Wahlrecht für die Frauen wie für die Männer. Keine bürgerliche Partei erstrebt und anerkennt die volle Gleichberechtigung der Frau. Einzig die sozialdemokratische Partei, die für die wirtschaftliche und soziale Befreiung des arbeitenden Volkes und somit für die Aufhebung jeder Klassenherrschaft kämpft, tritt auch für die völlige Gleichstellung der Frau ein.

6. Die angeblich parteilose bürgerliche Frauenbewegung unterscheidet sich grundsätzlich von dieser Stellungnahme. Ihr Endzweck ist die Aufrechterhaltung des auf dem Privateigentum beruhenden Wirtschaftssystems. Ein zeitweiliges Zusammenwirken zur Erringung des Frauenstimmrechts ist zulässig. Die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Frauenorganisation widerspricht jedoch den Interessen und den Sätzen der Partei. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, mit ganzer Kraft für die Stärkung der sozialdemokratischen Frauenbewegung einzutreten.

7. Der Parteitag in Neuenburg erklärt daher, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907, als Pflicht der Partei, ihrer Verbände und Organe wie ihrer Vertreter in den Behörden, jede Gelegenheit zu ergreifen zur Agitation für das Frauenstimmrecht, wie zu seiner Einführung für die Behörden, wo es zunächst erreichbar ist.

8. Das Frauenstimmrecht ist mehr als eine Forderung der Gerechtigkeit. Es ist ein wichtiges Mittel im Klassenkampf des Proletariats gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die herrschende kapitalistische Klasse. Erst mit dem Eintritt der Proletarierin in die vollen Bürgerrechte erreicht der Klassenkampf den Ernst und die Wucht, die ihn zum Siege führen: Zur Abschaffung der Klassenherrschaft und zum Aufbau einer Gesellschaft, welche die Menschwerdung beider Geschlechter verbürgt.

Bildungswesen.

Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung wächst immer mehr in die Breite, neue und

größere Schichten werden von ihr erfasst. Mangelhaft geschult und früh ins Arbeitsjoch gespannt, kommen die Arbeiter wohl zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und zum Drang nach Hebung und Befreiung, ermangeln aber der tieferen Einsicht in das Wesen der Gesellschaft und Wirtschaft. Das Bewußtsein der Massen folgt nur langsam der rapiden Entwicklung der Produktionsverhältnisse und der damit steigenden Ausbeutung und Unterdrückung.

Ein starker Drang nach Weiterbildung und höherer Kultur ist in der kämpfenden Arbeiterklasse. Versuche, ihm zu genügen, machte man seit Jahrzehnten. Aber der Kräfte sind wenige und ihr Verbrauch ist planlos. Erst seit einiger Zeit verfolgt man in größeren Städten systematische Bildungsbestrebungen.

Dringend notwendig ist eine planmäßige und energische Förderung des Bildungswesens für das ganze Land und zwar durch: 1. Bildungskurse für solche, die Zeit dafür verwenden können; 2. Vortragsreihen und Einzelvorträge für größere Kreise; 3. Förderung und Verbreitung belehrender Literatur und zweckmäßigen Bibliothekwesens; 4. Vermittlung künstlerischer Darbietungen.

Zu diesem Zweck haben Partei und Gewerkschaftsbund einen gemeinsamen schweizerischen Arbeiterbildungsausschuß gewählt und ihm, vorläufig nur bescheidene, Mittel zur Verfügung gestellt. Er wird sich bemühen, seiner Aufgabe nachzukommen; das kann er aber nur, wenn die Gesamtheit der Parteimitglieder ihm kräftig zur Seite steht.

Der Parteitag zu Neuenburg macht es allen Parteigenossen zur Pflicht, den Bestrebungen des Arbeiterbildungsausschusses allen Vorschub zu leisten, ihn moralisch und materiell zu unterstützen. Die kämpfende Arbeiterklasse ist durch Zahl und wirtschaftliche Bedeutung eine materielle Macht. Hebung und Befreiung des ganzen Proletariats erringt sie aber erst mit der geistigen Macht des Wissens.

Aus der Arbeiterinnenbewegung.

Durch die Reihen der organisierten Arbeiterinnen weht ein frischer Windhauch. Allerorten in der Ostschweiz beginnt ein Regen, ein Drängen nach Mitbetätigung in der Aufklärungsarbeit unter den noch indifferenten Massen. Neben den alten wohlbekannten Gesichtern, aus deren Augen der unerschütterliche Glaube leuchtet an den Fortschritt der Arbeiterbewegung, an den unaufhaltsamen Aufstieg der Menschheit zu höherer Kultur, neben den bewährten Lieben „Muten“, machen sich die „Jungen“ breit und immer breiter — und das ist gut so. Von einer Frauenkonferenz zur andern wächst das Interesse für diese Veranstaltungen, auch auf Genossenseite.

Wiederum waren 35 Delegierte, 15 Genossinnen und nicht weniger als 20 Genossen zur 3. Frauenkonferenz in Norschach erschienen. Außer 7 Sektionen des Textilarbeiterverbandes waren vertreten 4 Arbeiterunionen, 2 Arbeiterinnenvereine, die Metallarbeitergewerkschaft und die sozialdemokratische Mitgliederschaft Arbon, sowie der Grütliverein Norschach. Mit Genugtuung konstatierte Genosse Eugster-Züst